

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis pro Quartal 1,20 RM. Einzelhefte 40 Pf. — Anzeigenpreise sind nach dem Inhalt der Anzeigen zu berechnen. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 302 — 93. Jahrgang      Telegr.-Nr.: „Tageblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Sonnabend, den 29. Dezember 1934

## Die Bilanz der Außenpolitik.

### Durchbruchschlacht 1934.

„Zum Frühjahr sind die Nazis fertig.“ — „Den Sommer übersehen sie nicht mehr.“ — „Spätestens im Herbst haben sie abgewirtschaftet.“ — „Dieser Winter bricht dem Nationalsozialismus in Deutschland den Hals.“ Sie haben uns das ganze Jahr hindurch geteufelt begleitet, diese unerschütterlichen Propheeten in gewissen Teilen der ausländischen Presse. Der Nationalsozialismus hat es diesen Teilen des Auslandes, die von den Vorstellungen der schönen Zeit der Erfüllungspolitik Deutschlands nicht lassen wollten, noch nie rechtmachen können, und er kann es auch jetzt wieder nicht: er ist nicht unzubringen. Im Gegenteil, wir könnten geradezu mit einer Art heroischer Schadenfreude jenen fremden Propheeten über die Grenze zurufen: „Hei lewet noch!“ Und er wird das nachdrücklich beweisen.

Wenn wir heute das Jahr 1934 von der außenpolitischen Seite der rückschauend betrachten, dann kann man als Deutscher nur feststellen: je weiter es vorschritt, um so weniger hatten die Kyniker der früheren Unterwerfungspolitik Deutschlands Veranlassung zu ihren unweisen, distanzierenden Voraussetzungen über die Hitler-Regierung. So arifien sie schließlich in heller Wut zu dem allerbesten Mittel des politischen Kampfes: zur Verunreinigung, einem Mittel, das Adolf Hitler im Juni mit folgenden Worten an den Prager stellte: „Was soll es heißen, wenn wir mit einem Volk den Frieden und die Verständigung wollen und dann in dieser Presse lesen müssen, man dürfe sich mit der deutschen Regierung nicht verständigen, weil das ein Erfolg dieser Regierung wäre?“ Natürlich, da laa der Hund bearaben: diese Hitler-Regierung durfte keine politischen Erfolge haben — in Paris war man so ungeschicklich, das in den Zeitungen zu schreiben.

Es schlen auch noch zu Anfang dieses Jahres, als sei Deutschland von einem schier unüberwindlichen Wall umgeben, dessen Zweck die nachrichtliche Isolierung Deutschlands war. Er wurde durchbrochen: die Wahrheit läßt sich auf die Dauer nicht unterdrücken. Das gilt besonders für die zwei Leitmotive der deutschen Außenpolitik: den Friedens- und den Selbstbestimmungswillen. Das Jahr 1934 hätte zu wiederholten Malen die Bekundungen der Verständigungsbereitschaft Deutschlands, in feierlicher Form ausgesprochen von dem Führer und Reichkanzler und seinen Mitarbeitern; es hätte aber auch Adolf Hitlers Worte im Juni: „Unter keinen Umständen werde ich mich einem Diktat unterwerfen“, und im August vom Ehrenbreitstein herab: „Gar nichts wird uns jemals niederzwingen“. Reides hat man im Auslande auch dort einsehen müssen, wo man sich noch unter Führung altgeworbener Postulater gegen die Entwicklung zur neuen Freiheit Europas, gegen die Abschüttelung der französischen Vorderrückheit mit Händen und Füßen sträubte. Noch der in Marseille ums Leben gekommene französische Außenminister Barthou hat die Diktatpolitik der Nachkriegsjahre — wenn auch mit elastischeren Mitteln — fortzusetzen versucht. Sein Nachfolger Paul-Boncour, sänger, realistischer Mensch, hat es gar nicht erst dazu kommen lassen, daß die Entwicklung über ihn und die erhaltene Außenpolitik Frankreichs hinwegging, eine Entwicklung, die längst in die breiten Verständigungsverhandlungen zwischen deutschen und französischen Frontkämpfern gerührt ist.

Die außenpolitische Bilanz des Jahres 1934 ist für Deutschland von dem Gesichtspunkt aus zu ziehen, daß noch im Jahre 1933 das Ausland zum überwiegend großen Teil entschlossen war, der Hitler-Regierung jede, aber auch jede Schwermertel zu machen, vielfach ohne Rücksicht auf den zunehmenden wirtschaftlichen Verfall Europas. Da brachte schon der erste Monat den Abschluß eines zehnjährigen Verständigungsabkommens mit Polen, der besonders in Paris wie eine Bombe einschlug: der Sinn um Deutschland war zerbrochen, und das Ausland rechnete an einer Stelle, die man in Paris immer als eine der festesten anzusehen sich gewöhnt hatte: Polen blieb dem Untergang der Weimarer Republik gegenüber kühl bis ans Herz hinan, betonte dabei eine unüberwindliche Abneigung gegen die dämmernde französische Bevormundung, erhob seinen Gesandten in Berlin wie Deutschland den seinen in Warschau zum Botschafter und ließ im Laufe des Jahres keinen Zweifel darüber, daß sein Verhältnis zu Deutschland seine eigene Angelegenheit sei, basta. Es folgte die Verständigung des deutsch-polnischen Volkskrieges im März, der Wirtschaftskrieg der Donzigs mit Polen, die Reise des Reichsministers Dr. Goebbels nach Warschau und die polnische Kündigung der Minderheitenverträge. Der Schwertkrieg des Warschauer Bündnisses, die sich in Paris mit abschließender Betonung der Tatsache, daß dadurch die zweiseitigen Verträge, beispielsweise mit Deutschland, in keiner Weise berührt würden.

Dieses Kapitel Polen ist symptomatisch für die außenpolitische Entwicklung von Deutschland aus gesehen. Es war, als hätte eine kräftige Faust ein Loch in die europäische Mottenkiste gestochen. Die Wahrheit und die Gesinnung politischer Denkers marschierten. Das Internationale Arbeitsamt in Genf mußte feststellen, daß Deutschland in der erfolgreichen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bei weitem an erster Stelle marschierte. Deutschland seinerseits lehnte in der Abrüstungsfrage eine diskriminierende „Bewährungszeit“ ebenso ab als wie eine Beschränkung seines Heeres auf nur 200.000 Mann, und die Genfer Hebride Barthous im Mai hatte seinen anderen Erfolg als eine erneute Mischstellung Frankreichs. Die Reise Hitlers nach Venedig schlug die direkte persönliche Brücke zu Mussolini. Die Königsberger Rede des Stellvertreters des Führers, Heß, an die Frontkämpfer aller Länder brachte den Beginn des direkten Gedanken-austausches zwischen den Frontkämpfern beider Länder, gipfelnd in dem Empfang Jean Gouys bei Adolf Hitler in Berlin. Die deutsche Ablehnung des samosen „Ostpakt“ zerschlug das neue Antragspiel Frankreichs mit einer dritten Einkreisung. Und schließlich brachte die Festsagung des Saarabkommens in dem Sinne auch in dieser letzten zwischen Deutschland und Frankreich stehenden territorialen Frage die einzig mögliche Gewißheit: die französische Einseitigkeit, schon vom deutschen Entschluß zum „Ostpakt“ wurde durch einen energischen englischen Dampf vollzogen — zu jeder Wirkung gebracht. Die römische Erklärung über die Saargraben trug bereits den Stempel des Scheiterns Frankreichs.

Diese hier zu ganz großen Unrissen gezeichnete Kette von Ereignissen zeigt die starke Aktivität der deutschen Außenpolitik unter Hitler einerseits und die allmähliche Wandlung der Haltung des Auslandes gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland andererseits. An diesen

beiden Tatsachen ändert weder die Vergewaltigung der Prager Deutschen Universität durch die Tschechen etwas — „Das war kein Helmschütz, Olavio!“ —, noch die Festsetzung des Memelstatuts durch die litauische Gewaltherrschaft, der gegenüber die zweimalige Demarche Englands, Frankreichs und Italiens in Rom zusammen mit der Feststellung schwerer Rechtsbrüche Litauens durch das Juristenkomitee der Memelgaranten so wirkungslos wie blamabel für diese drei Staaten blieb.

Im gleichen Zeitraum des Jahres 1934 verzeichnete, um nur einige wenige Beispiele herauszugreifen, Frankreich einen Finanzskandal nach dem anderen, den Sturz von nicht weniger als drei Kabinetten, wiederholte Revolten mit Tausenden von Toten und Hunderten von Verwundeten, den blutigen Tag von Marseille mit der Ermordung des Königs Alexander von Südfrankreich und dem gewaltsamen Ende Barthous, die den schweren südfranzösisch-ungarischen Konflikt im Gefolge hatten. Österreich erlebte ein Jahr beispiellosen Terrors, der zu den beiden Ausbrüchen der Februarrivolte und des Autokratentums mit dem Tode des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß führte. Rußland steht im Zeichen schwerer innerer Erschütterungen, aufgezeigt an der Ermordung Kirovs, an der Weigerung der Moskauer SM, an Massenerschießungen, wachsender Lebensmittelpnot usw., ganz zu schweigen von der ständigen Gefahr an seinen fernöstlichen Grenzen.

Es hat keinen Zweck, die Aufzählung weiterzuführen. Inmitten eines in schweren wirtschaftlichen und politischen Kämpfen stehenden Europa geht Deutschland ruhig und unbeirrbar seinen Weg der Ordnung, friedlicher Aufbauarbeit, innerer und äußerer Erhaltung. Es ist das Deutschland Adolf Hitlers, das Deutschland des Nationalsozialismus. Und dabei sind noch nicht einmal volle zwei der vier Jahre vorbei, die der Führer als erste Aufbauphase für sich und seine Arbeit verlangt hat! Die Geschichte Europas sind ohne das noch vor zwei Jahren völlig ohnmächtige Deutschland nicht mehr zu meistern, erst vor wenigen Tagen mußte selbst Laval es zugeben. Ruhig und stolz geht Deutschland ins Jahr 1935.

## Der Eisenbahnpräsident = Saar separatist

Saarbrücken, 28. Dezember. Der große Prozeß Dr. Savellous-Nidlaus konnte in fast neunstündigen Verhandlungen bis auf die für Sonnabend Nachmittag angelegte Urteilsverkündung abgeschlossen werden. Obwohl das Urteil noch aussteht, das sich vorerst juristisch wegen Verleumdung Dr. Nidlaus gegen Dr. Savellous und die beiden angeklagten Redakteure richten wird, geht aus dem Verhandlungslauf eindeutig hervor, daß der wirklich besiegte und moralisch Verurteilte einwandfrei als Separatist entlarvt. Saarbrücker Eisenbahnpräsident Nidlaus ist. Die Vorwürfe, gegen die er sich durch den Prozeß rechtfertigen wollte, sind durch die heutigen Verhandlungen nur noch präzisiert worden. Seine in der Verhandlung eingehend erörterte Beschäftigtenpolitik, mit der er der separatistischen Propaganda Vorschub leistete, wurde ergänzt durch seine im weiteren Verhandlungsverlauf behandelten Beziehungen zu den separatistischen Kreisen des Saargebietes. Bezeichnend war, daß Herr Nidlaus zur Rechtfertigung seines ständigen Umganges mit den Führern der Separatisten anführte, er müsse sich über die politische Lage unterrichten, um rechtzeitig Vorkehrungen gegen einen Putsch (!) treffen zu können. Wenn auch sehr zögernd, mußte er zugeben, daß die Separatisten, wie Max Braun, Hoffmann, Max Watz, Prinz Löwenstein, Vater Dörner usw. ständig bei ihm ein- und ausgingen und während seiner Dienstzeit die Gründung der „Neuen Saarpost“ und die angebliche Fällung der Abstimmungslisten besprochen wurde. Durch die Fragen der Verteidigung völlig in die Enge getrieben, fragte Nidlaus schließlich den Präsidenten des Abstimmergerichts, ob er sich derartige „Inquisitorische“ Fragen weiter gefallen lassen müsse, worauf ihm Präsident Goubet antwortete, daß es allein dem Abstimmergerichtshof zustehe, über die Zulässigkeit von Fragen zu entscheiden. Das für Herrn Nidlaus hochnotpeinliche Verhör wurde fortgesetzt. Es kam dabei noch an den Tag, daß im Büro Nidlaus' separatistische Zeitungsartikel auf Dienstschreibmaschinen von der Sekretärin Nidlaus' geschrieben worden sind. Einzelheiten dieser peinlichen Tatsachen wollten Nidlaus entfallen sein. Sehr unwohlthuend war ihm auch die präzise Fragestellung, ob er führende Mitglieder der Deutschen Front zur ihm notwendig scheinenden Unterrichtung über die politische Lage empfangen habe. Dieser seit langer Zeit im Saargebiet lebende Beamte suchte es darauf glaubhaft zu machen, daß er nicht wisse, wer die Führer des Saardeutschums seien und deswegen nicht mit ihnen in Verbindung stehen konnte.

wendungen erhob, als gegen die neue Saarpost eine Entschädigung angenommen werden sollte.

Höchst merkwürdig gestalteten sich die Versuche, die Sekretärin Nidlaus', Fräulein Schwarz, zu einer Zeugnisaussage zu bewegen. Offenbar genau von ihrem Chef instruiert, verlor sie immer wieder unter Berufung auf ihre Schweigepflicht als Beamtin einer Aussage zu entgehen, obwohl das Abstimmergericht es ausdrücklich in ihr Ermessen stellte, die von der Verteidigung vorgebrachten Fragen über außerdienstliche Dinge zu beantworten. Da eine derartige Beantwortung noch nicht unter die Abmachungen mit ihrem Chef fiel, verhartete Fräulein Schwarz in einem verstockten und hilflosen Schweigen.

Am Nachmittag wurde sodann bekanntgegeben, daß als Zeuge geladene Max Braun lasse sich damit entschuldigen, daß er angeblich das Bett hüten müsse. Der gleiche Herr Braun, der nicht genug den Hauptverteidiger Prof. Grimm schmähen und ihm Feigheit vorwerfen konnte, entzog sich seiner heutigen Zeugnisernehmung und der Rechtfertigung seiner Partei vor dem ehrenrührigen Vorwurf des Separatismus durch eine diplomatische Krankheit.

Der Generalstaatsanwalt Haammes (Luxemburg) suchte in seinem Plädoyer weniger Anklage gegen die Angeklagten zu erheben als den völlig im Mittelpunkt des Prozesses stehenden Präsidenten Nidlaus zu verteidigen. Seine Ausführungen mußten in verschiedenen Punkten einiges Befremden erregen, so z. B. wenn er die Beschäftigtenpolitik des Präsidenten Nidlaus in Schutz nahm und behauptete, Nidlaus brauche sich ebensowenig an die deutschen Pressenormen zu halten, wie an die französischen oder spanischen. Wenig Verständnis brachte der Staatsanwalt auch für die wesentliche Tatsache auf, daß Präsident Nidlaus neben seiner Eigenschaft als Völkerverbandsbeamten auch beurlaubter deutscher Beamter sei und deswegen aus seinem früheren Dienstverhältnis gewisse Pflichten moralischer und rechtlicher Natur übernommen habe. Der Staatsanwalt erblickte in der völlig außerordentlichen allgemeinen Interessens getriebenen Ursache des Prozesses, nämlich in dem Artikel Dr. Savellous' „Eisenbahnpräsident Nidlaus und der Separatismus“ eine Verleumdung des Eisenbahnpräsidenten und beantragte gegen den Verfasser eine Geldstrafe von 5000 Franken, gegen den verantwortlichen Schriftleiter Weber eine Strafe von 500 Franken. Die gleiche Strafe schlug er für den verantwortlichen Schriftleiter der Tageszeitung „Deutsche Front“ vor, in dessen Blatt ein Artikel erschienen war, der sich mit dem gleichen Tatbestand befaßte.